

## Öffentliches Protokoll Sitzung des Planungsausschusses

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 08.02.2022  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:05 Uhr  
**Ort, Raum:** Videokonferenz

---

### Anwesend

#### Vorsitz

Kay Burmester CDU

#### Mitglieder

Detlev Blohm CDU

Wolfgang Dutsch CDU

Jörg Keller CDU

Manfred Eichhorn SPD

Christian Freitag SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Fraktionslos

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Bastian Sue DIE LINKE

#### Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

#### Jugendbeirat

Jan Brüggemann Jugendbeirat

#### Verwaltung

Niels Schmidt Bürgermeister

Gisela Sinz

Karl-Heinz Grass

Anneka Warsitz

Katrin Matthies Protokollführung

### Abwesend

#### Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat entschuldigt

Die Fachbereichsleiterin Bauen und Umwelt, Gisela Sinz, der Fachdienstleiter Stadt- und Landschaftsplanung, Karl-Heinz Grass, und die Fachdienstleiterin der Bauaufsicht, Anneka Warsitz sind im Sitzungsraum Makete im Rathaus anwesend.

Der Fachdienstleiter Interner Dienstbetrieb, David Karohl, für die technische Betreuung des Videokonferenzraumes und die Protokollführerin, Katrin Matthies, sind im Sitzungsraum Caudry im Rathaus anwesend.

Der Mitarbeiter der strategischen IT, Daniel Ahrens, ist im Ratssaal anwesend. Es sind keine Bürger\*innen erschienen. Der Bürgermeister, Niels Schmidt, nimmt in seinem Büro an der Videokonferenz teil.

Die Ausschussmitglieder und die Beiratsvertreter\*innen sind per BigBlueButton zugeschaltet. Nach Start des Lifestreams im Internet eröffnet der Vorsitzende des Planungsausschusses die Sitzung.

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Videokonferenz:

Zu TOP 3.1: Frau Möller, Planungsbüro

Zu TOP 3.2: Herr Meyer, Bauherr

Zu TOP 3.3: Herr Schenk, Planungsbüro

Der Vorsitzende begrüßt die vollzählig anwesenden Mitglieder des Planungsausschusses und die übrigen Anwesenden.

Anschließend trägt er wichtige Informationen zur Durchführung der Planungsausschusssitzung als Videokonferenz vor:

Der Livestream der Sitzung ist über die Homepage der Stadt Wedel unter <https://www.wedel.de/rathaus-politik/kommunalpolitik/livestream-gremien> abrufbar.

Sollte die Echtzeitübertragung ins Internet abbrechen, wird der Vorsitzende von der strategischen IT informiert. In diesem Fall wird die Sitzung kurzzeitig unterbrochen.

Die Gäste im Videokonferenzraum werden gebeten, die Kamerafunktion vorerst zu deaktivieren und erst bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt, zu dem sie geladen sind, einzuschalten.

Hinweise an die Mitglieder des Planungsausschusses:

Falls die Teilnahme an der Sitzung aufgrund technischer Probleme behindert wird, muss bitte sofort Kontakt über die vorab zugeschickte Notfall-Telefonnummer aufgenommen werden. Notfalls wird der Vorsitzende die Sitzung kurzzeitig unterbrechen. Falls kein Kontakt aufgenommen wird, wird davon ausgegangen, dass die Sitzung bewusst verlassen wurde.

Während des gesamten Sitzungsverlaufes muss die Kamera von allen Planungsausschuss-Mitgliedern eingeschaltet bleiben. Wenn Teilnehmende den Bereich der Kamera während der Videokonferenz verlassen, gelten sie als abwesend und sind so zu behandeln, als hätten sie in einer Präsenzsitzung den Sitzungsraum kurzzeitig verlassen.

Die Mikrophone sind grundsätzlich stumm zu schalten und nur bei Worterteilung durch den Vorsitzenden kurzzeitig freizuschalten.

Nach Verlesung von Beschlussvorschlägen durch den Vorsitzenden erfolgt die Abstimmung per Handzeichen deutlich sichtbar im Bereich der Kamera. Die Teilnehmer werden gebeten, die Hände erst nach einem entsprechenden Signal des Vorsitzenden (nach Verständigung mit der Protokollführerin) wieder zu senken. Im Anschluss verliest die Protokollführung das Abstimmungsergebnis.

Die Ausschussmitglieder merken die schlechte Tonübertragungsqualität des Vorsitzenden an, es kann dennoch die Sitzung begonnen werden.

Der Vorsitzende stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er erläutert den kurzen Umfang der Tagesordnung; der Städteverband Schleswig-Holstein (Anmerkung: über die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände) hat bei der Auslegung von § 35a Gemeindeordnung darauf hingewiesen, dass der Begriff „notwendig“ sich auch auf die Auswahl der Tagesordnungspunkte beziehe.

Herr Wuttke äußert seine Befürchtung, dass damit das Antragsrecht der Fraktionen gefährdet würde. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei bereits im Dezember gestellt worden und konnte bisher nicht beraten werden.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass vermutlich in sehr naher Zukunft wieder Präsenzsitzungen möglich sein werden und dann auch die nun verschobenen Anträge und Mitteilungsvorlagen auf der Tagesordnung sein werden.

Herr Burmester teilt diese Ansicht und erinnert an die ebenfalls ausstehende Beratung zum Mobilitätskonzept.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- |     |                                                       |             |
|-----|-------------------------------------------------------|-------------|
| 1   | Einwohnerfragestunde                                  |             |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen    |             |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen                   |             |
| 2   | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.11.2021 |             |
| 3   | Einvernehmen nach dem BauGB                           |             |
| 3.1 | Rövkampweg 7, Erweiterung Zwischenlagerfläche         | BV/2021/133 |
| 3.2 | Neubau eines Gewerbeparks Tinsdaler Weg 183           | BV/2021/140 |
| 3.3 | Steinberg 22; Neubau eines Mehrfamilienhaus           | BV/2022/005 |



---

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Einwohnerfragestunde

---

#### 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine unbeantworteten vorangegangenen Fragen vor.

---

#### 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.11.2021

#### Beschluss:

Das Protokoll wird ohne Einwände genehmigt.

#### Abstimmungsergebnis (bei kurzzeitiger Abwesenheit eines Mitglieds):

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

---

### 3 Einvernehmen nach dem BauGB

---

#### 3.1 Rövkampweg 7, Erweiterung Zwischenlagerfläche

**BV/2021/133**

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag. Auf Grund der schlechten Tonübertragungsqualität wiederholt Herr Eichhorn das Vorgelesene.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Informationen von der Verwaltung, ob das Gelände regelmäßig kontrolliert wird. Es besteht die Befürchtung, dass durch die gelagerten Materialien Lacke und Chemikalien freigesetzt werden, die den Boden und das Grundwasser gefährden. Zusätzlich möchte die Fraktion wissen, wie viele Beschäftigte der Betrieb bei der Nutzung dieser nicht unerheblichen Fläche hat.

Die SPD-Fraktion hat die Vorlage ausführlich beraten. Die überplante Fläche liegt auf der möglichen zukünftigen Nordspange. Im Außenbereich sei eine solche Planung zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, dies sei jedoch der Fall. Daher wird die Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion wird aus dem gleichen Grund den Beschlussvorschlag ablehnen. Die Nordspange sei eine Voraussetzung für den Beschluss des Rahmenplans Wedel Nord, das Erweiterungsvorhaben würde dieser Planung entgegenstehen. Der Bauherr könnte jedoch prüfen, ob solch eine Erweiterung auch südlich der Trasse möglich sei.

Die Fraktion Die Linke möchte wissen, ob durch die Rückbauverpflichtung zusätzliche Kosten entstehen und wer diese tragen müsste.

Frau Warsitz erläutert, dass es bei Vorhaben im Außenbereich möglich ist, das Einvernehmen zu befristen, hier verbunden mit dem Ereignis, dass die Fläche benötigt wird.

Die angefragten Kontrollen unterliegen unterschiedlichsten Zuständigkeiten, z.B. der Abfallbehörde des Kreises und der unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde. Über den Zeitpunkt und den Umfang der Kontrollen wird die Stadt jedoch nicht informiert. Allerdings wurde im Zuge der Antragsbearbeitung eine Ortsbegehung durchgeführt.

Frau Möller ergänzt, dass im Betrieb des Antragstellers ausschließlich Naturholz verarbeitet wird und dort 15 Mitarbeiter\*innen beschäftigt sind.

---

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt sich die Frage, warum bei der Verarbeitung von ausschließlich naturbelassenen Materialien ca. 4.000 qm wasserdicht versiegelt werden sollen.

Frau Möller führt aus, dass es sich vornehmlich um Laub, Grasschnitt und Naturhölzer handelt, beispielsweise durch die Laub- und Strauchaktion. Auch Naturmaterialien könnten jedoch z.B. Nährstoffe freisetzen, die im Wasserschutzgebiet nicht in den Boden übergehen sollten. Es werde jedoch nur ein Teil der Fläche vollversiegelt, zusätzlich ist eine teilweise Versiegelung zwecks Befahrbarkeit geplant.

Auf Grund der kurzzeitigen Abwesenheit eines Mitgliedes wird die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung vertritt die FDP-Fraktion die Ansicht, dass es keinen Grund gebe, der Vorlage nicht zuzustimmen. Es entstünden keine Kosten für die Stadt und die bisher vorgebrachten Bedenken konnten durch die Verwaltung aus dem Weg geräumt werden.

Die CDU-Fraktion fragt, ob es die Möglichkeit gebe, die nicht auf der Trasse der Nordspange liegenden Flächen weiter südlich und westlich für die Betriebserweiterung zu nutzen. Frau Möller erläutert, dass die bisherige Planung darauf ausgerichtet war, die Betriebsflächen so weit entfernt wie möglich von der -auch zukünftigen- Wohnbebauung einzurichten. Durch die Rückbauverpflichtung seien die Flächen für einen zukünftigen Straßenbau gesichert, ermöglichen jedoch dem Antragsteller zum jetzigen Zeitpunkt eine ideale Erweiterung mit zusammenhängendem Betriebsplatz.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 35 und 36 Abs. 1 BauGB für die Erweiterung der Zwischenlagerfläche im Rövkaampweg 7 in Wedel zu erteilen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

##### **Abgelehnt**

3 Ja / 7 Nein / 3 Enthaltung

|                                  | Ja       | Nein     | Enthaltung |
|----------------------------------|----------|----------|------------|
| <b>Gesamt:</b>                   | <b>3</b> | <b>7</b> | <b>3</b>   |
| CDU-Fraktion                     | 0        | 4        | 0          |
| SPD-Fraktion                     | 0        | 3        | 0          |
| Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen | 0        | 0        | 3          |
| FDP-Fraktion                     | 1        | 0        | 0          |
| WSI-Fraktion                     | 1        | 0        | 0          |
| Fraktion DIE LINKE               | 1        | 0        | 0          |

### **3.2 Neubau eines Gewerbeparks Tinsdaler Weg 183**

**BV/2021/140**

Herr Eichhorn verliest den Beschlussvorschlag und kündigt an, dass die SPD-Fraktion zustimmen wird. Die CDU-, die FDP-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen signalisieren ebenfalls ihre Zustimmung.

#### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für den Neubau eines Gewerbeparks am Tinsdaler Weg 183 zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

|                                  | Ja        | Nein     | Enthaltung |
|----------------------------------|-----------|----------|------------|
| <b>Gesamt:</b>                   | <b>13</b> | <b>0</b> | <b>0</b>   |
| CDU-Fraktion                     | 4         | 0        | 0          |
| SPD-Fraktion                     | 3         | 0        | 0          |
| Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen | 3         | 0        | 0          |
| FDP-Fraktion                     | 1         | 0        | 0          |
| WSI-Fraktion                     | 1         | 0        | 0          |
| Fraktion DIE LINKE               | 1         | 0        | 0          |

**3.3 Steinberg 22; Neubau eines Mehrfamilienhaus****BV/2022/005**

Herr Eichhorn verliest den Beschlussvorschlag.

Aus der Sicht der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fügt sich das geplante Bauvorhaben in die Bestandsbauten der Wiedestraße ein, der Steinberg sei jedoch bisher von kleineren Gebäuden geprägt. Mit der Zustimmung sei daher verbunden, dass bei weiteren Überschreitungen im Bereich Steinberg in der Zukunft nicht zugestimmt würde.

Die SPD-Fraktion hat das Vorhaben intensiv diskutiert. Laut dem Bebauungsplan gelte auf dieser Straßenseite entlang dem Steinberg die Firsthöhe von 8 Metern, die andere Seite sei wesentlich geringer bebaut. Daher werde die SDP nicht zustimmen.

Die Fraktion Die Linke kann keinen Ablehnungsgrund erkennen und wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 31 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau eines Mehrfamilienhauses in der Straße „Steinberg 22“ zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung

|                                  | Ja        | Nein     | Enthaltung |
|----------------------------------|-----------|----------|------------|
| <b>Gesamt:</b>                   | <b>10</b> | <b>3</b> | <b>0</b>   |
| CDU-Fraktion                     | 4         | 0        | 0          |
| SPD-Fraktion                     | 0         | 3        | 0          |
| Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen | 3         | 0        | 0          |
| FDP-Fraktion                     | 1         | 0        | 0          |
| WSI-Fraktion                     | 1         | 0        | 0          |
| Fraktion DIE LINKE               | 1         | 0        | 0          |

Vorsitz:

gez. Burmester

---

 Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

---

 Katrin Matthies